Tageblatt für Politik, Gesetzgebung, Geschäftsverkehr, Gewerbefleiß, Grundbesitz.
Tageblatt vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Montag bis Freitag 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Morgs. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 silbern 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unter Strich (Finge) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Auf ... ergeben nehmen sämmtliche zulässige Annoncenbureaus an. Für Aufnahme einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König Johannstr. 15.
Schutz-Marke Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Patent-Amt I, No. 167.

Oelfarben in Cubes für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Oscar Renner, Dresden
Brauerei-Vertretungen:
Spatenbräu-München, Bürgerlich-Pilsner.
I. Culmbacher.

Parfüms von nachhaltigem, lieblichem Wohlgeruch, in grösster Auswahl und allen Preislagen.
Räucher-Essenzen, Kerzchen, Papier, Lack zum Reinigen und Parfümiren der Luft in Wohn-, Krankenzimmern etc.
Sachets in feinsten, naturgetreuen Blumengerüchen, zum Einlegen in Wäsche, Handschuhe, Taschentücher.
T. Louis Guthmann,
Schloss-Strasse 18.
Pragerstr. 31. Bautzner-str. 31.

Nr. 330. Spiegel: Interpellationen im sächsischen Landtag. Hofnachrichten, Stadtrath Grabowski †, sächsische Malzfabriken, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Kammermusikabend, Julius Hähnel's Reliquien. Lotterieliste. | Sonntag, 26. Novbr.

Für den Monat December

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Der Beginn der parlamentarischen Campagne im Reich äußert seine Rückwirkung auf das konstitutionelle Leben in den beiden nächst Preußen tonangebenden Bundesstaaten, Bayern und Sachsen, deren gleichzeitig tagende Volksvertretungen ein reges Leben entwickeln. Selten haben aber auch im Reichstage Vorlagen zur Erörterung gestanden, die in gleich einschneidender Weise wie die neuen Steuerprojekte der Reichsregierung das wirthschaftliche Leben unseres Volkes berührten. Infolgedessen wird die öffentliche Meinung zur Zeit von einem lebhaften Wettstreit der Interessen beherrscht, welcher deutlich den innigen organischen Zusammenhang zwischen dem Reich und seinen Gliedern zeigt und die in ihrer Wechselwirkung dem Gemeinwohl förderliche Abhängigkeit beider Faktoren von einander in besonders lebendiger Weise zur Anschauung bringt. Auf der einen Seite ist die Reichsregierung von der Erkenntniß beseelt, daß die geplante Finanzreform nur gelingen könne, wenn die Abgeordneten der Einzelstaaten von der Gewißheit eines schädigenden Rückstoßes auf ihre heimischen Finanzverhältnisse im Falle des Scheiterns der Reform überzeugt würden. Es werden daher alle offiziösen Hebel in Bewegung gesetzt, um nach dieser Richtung jeden Zweifel zu verscheuchen. Andererseits aber hat der Sauerteig der Opposition in den Einzelstaaten eine heftige Gährung erzeugt, die einen regionalistischen, d. h. nach der geographischen Lage der sich bedroht fühlenden Produktionsgebiete abgegrenzten Charakter trägt. Diese Gährung sucht in den Einzellandtagen zu einem verfassungsmäßigen Ausdruck zu gelangen. Ihre Träger lassen sich dabei von der Hoffnung leiten, daß es ihnen auf diesem Wege möglich sein werde, einen erfolgreichen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Während also die letztere das Reich als Trumpf wider die Einzelstaaten setzt, sieht man diese in ihren Landtagen die umgekehrte Taktik der Ausspielung der bundesstaatlichen Autorität wider das Reich verfolgen. In der bayerischen Abgeordnetenkammer hat der sozialdemokratische Herr von Vollmar den Sturmlauf gegen die Reichs-Steuerprojekte eröffnet. Seine Ausführungen gipfelten in dem Verlangen an die bayerische Regierung, ihren Bevollmächtigten im Bundesrath auf Grund eines Beschlusses der Abgeordnetenkammer bindend zu instruiren, wie er in Sachen der Finanzreform zu stimmen habe. Der bayerische Vorgang ist nicht vereinzelt geblieben. Auch in unserem Landtag sind verschiedene Initiativanträge eingebracht worden, deren Tendenz ebenfalls darauf hinausläuft, die Landesregierung zu einer festen Stellungnahme im Bundesrath gegenüber den Reichs-Steuerplänen zu verpflichten. Die Haltung beider Regierungen, der bayerischen wie der sächsischen, war, wie nicht anders erwartet werden konnte, eine ausweichende. Nach Lage der Sache war eine zustimmende Stellungnahme jedenfalls ausgeschlossen. Für die verfassungsrechtliche Seite der Frage kommt in Betracht, ob die Abstimmung im Bundesrath, zu welcher der Landtag eines Bundesstaates Stellung nehmen will, bereits erfolgt ist oder erst noch bevorsteht. Im ersteren Fall hat sich der Landtag um die vollzogene Thatsache mit Entschiedenheit nicht weiter zu kümmern. Schon aus diesem Grunde konnten also die bayerische und die sächsische Regierung auf die betreffenden Anträge nicht weiter eingehen, denn die fragliche Abstimmung im Bundesrath hat am 20. d. M. stattgefunden, während die darauf bezüglichen Anträge in den beiden Zweiten Kammern erst am 23. bezw. ... zur Verhandlung gelangt sind. Es war daher verfassungsrechtlich durchaus korrekt, daß der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Schill sich mit Rücksicht auf diesen Umstand energisch gegen jede weitere geschäftliche Behandlung der Angelegenheit erklärte. Im Uebrigen kann aber den Einzellandtagen die Berechtigung, Fragen, die im Reich entschieden werden, zum Gegenstand ihrer Berathung und Beschlußfassung in dem Sinne einer Stellungnahme zu machen, nicht abgesprochen werden. Eine konstitutionelle Wirkung wird man derartigen Beschlüssen der Landes-Volksvertretungen jedoch nur für den Fall beimessen dürfen, daß die Regierung des Einzelstaates die Willensmeinung der Kammer ausdrücklich zu der ihrigen macht. Praktisch wird freilich dieser Fall kaum eintreten, denn eine Regierung, die das allgemeine Wohl in erster Linie zu schützen hat, kann sich unmöglich die zur Erfüllung dieses Zwecks erforderliche Freiheit der Bewegung dadurch beschneiden lassen, daß ihr von vornherein die Hände gebunden werden. Dieser Gesichtspunkt ist auch von den beiden hier in Frage kommenden Regierungen hervorgehoben worden. Läßt sich demnach nicht erwarten, daß die Regierungen der größeren Bundesstaaten unter normalen Verhältnissen je ihren jetzigen Standpunkt aufgeben werden, so darf man doch nicht verkennen, daß trotzdem eine freie Meinungsäußerung in den Einzellandtagen, zumal wenn sie von autoritativer Seite kommt, geeignet erscheint, ein erhebliches moralisches Gewicht in die Waagschale des öffentlichen Lebens zu werfen. Diesen Eindruck gewinnt man besonders aus den Verhandlungen, welche die sächsischen Volksboten dieser Tage in ihrem räumlich unansehnlichen und unzulänglichen, aber von dem Geist staatsmännischer Einsicht und opferwilliger Vaterlandsliebe durchwehten Landtagsheim in der sächsischen Haupt- und Residenzstadt gepflogen haben.

Es war eine bewegte Sitzung, die am Freitag mit der Besprechung der Interpellation Dr. Mehnert und Genossen betr. die stärkere Heranziehung der Börse zu den allgemeinen Lasten eingeleitet wurde. Der nimmer müde Agamemnon der Konservativen berannte bei der Begründung seiner Interpellation das sozialdemokratische Troja mit scharfem Redeprall. Darob ergrimmten die Vertheidiger der Verstaatlichung der Produktionsmittel gewaltig, und plötzlich legte einer von ihnen sein übervolles Herz auf die Zunge, indem er drohenden Tones die Worte sprach: „Das hätten Sie nur im Reichstag sagen sollen, Herr Mehnert." Der also vom Schwerthieb Getroffene blieb aber die Antwort nicht schuldig, sondern gab Stoß und Schlag vollwichtig zurück, und schließlich wurde aus dem ursprünglichen Vorpostengeplänkel ein allgemeines Gefecht. In hellen Haufen machten die Konservativen innerhalb ihres Burgfriedens mobil und fielen durch das Ausfallspförtchen der Börsensteuer unvermuthet über die sozialdemokratischen Trutzknappen her, die, solches Angriffs nicht gewärtig, sich im ersten Augenblick darauf beschränkten, in schweigender Parade auszuharren. Aber bald hatten sie sich wieder so weit erholt, um ihr gewohntes Sprüchlein herlagen zu können, und nun nahmen sie ausgiebige Rache an den Ordnungsparteien für die Unbill der von diesen ausgetheilten Streiche. Die Sozialdemokraten suchten nämlich unter den Spielzeugen ihrer politischen Rumpelkammer den seit dem Reichstagswahlkampf etwas verrosteten Ambos des Militarismus hervor, und jeder ihrer Redner hämmerte unbarmherzig Stunde um Stunde darauf los, bis endlich die übrigen Landboten, außer Stande, solchem Martyrium der Intelligenz erfolgreichen Widerstand zu leisten, einer nach dem anderen sich vom Schlachtfeld stahlen, um die letzten verfügbaren Kräfte einer kapitalistischen Attacke auf die reichhaltigen Schätze des Buffets zu widmen. Nach erfolgter Stärkung ging es zurück in die Redeschlacht. Nur Wenige blieben auf dem Platze. Die Uebrigen nahmen den Kampf wieder auf, und erhielten bis zuletzt den Eindruck jugendlicher Frische und begeisterter Siegeszuversicht, mit dem die Kämpen für Gesetz und Ordnung an die Arbeit gegangen waren, völlig aufrecht. Die Sozialdemokratie, sonst die Erbpächter der Opposition, saßen mißmuthig und gedrückt auf ihren Plätzen. Die Konservativen hatten ihnen diesmal das Heft aus der Hand genommen, ein Erfolg, an dem ihr ehrwürdiger Nestor, der greise Abgeordnete von Oehlschlägel, der mit dem Feuer eines Jünglings die Grundsätze der Ordnungsparteien vertheidigte, in erster Linie betheiligt war. Der Tag war heiß, aber sein moralischer Erfolg wird sich sicherlich über die ganze Session hin erstrecken. Sichtliche Unzufriedenheit erweckte weit in die Reihen der Konservativen hinein die kühle Amtsmiene der Regierung, welche dieselbe gegenüber den konservativen Anregungen zur Schau trug. Unter den obwaltenden Umständen war der Regierung ein anderes Verhalten freilich nicht möglich. Aber der Eindruck, daß zwischen der offiziellen Anschauungsweise über gewisse brennende Tagesfragen und der Meinung weiter maßgebender Volkskreise eine bedauerliche Gegensätzlichkeit sich herausgebildet hat, blieb darum nicht weniger fühlbar. Bemerkenswerth war der scharfe antisemitische Wind, der im Hause wehte und manchmal in recht drastischer Form zum Ausdruck kam, ohne jedoch das tobende Gebahren einer gewissen reformerischen Richtung auch nur im Entferntesten zu streifen. Besonders von Chemnitz her wetterleuchtete es heftig aus „deutsch-sozialem" Gewölk. Zuweilen war es sogar ein regelrechtes Gewitter, das sich über den goldenen Thurm der Börse entlud, sodaß er vom Grunde bis zum Knauf erzitterte. Selbst die Sozialdemokraten wurden kleinlaut bei dem dumpfen Grollen dieses Sturmes, dessen zerschmetternder Gewalt man es anmerkte, daß er nicht von politischen Theatermaschinisten künstlich entfacht, sondern aus der Tiefe einer zürnenden Volksseele mit elementarer Gewalt hervorgebraust ist. Die sächsischen Volksboten, soweit sie den Ordnungsparteien angehören, haben bewiesen, daß sie ihre Zeit begreifen, indem sie gewillt sind, das Steuer des Staatsschiffes nach dem Kompaß des ernsten und sachmäßigen Antisemitismus zu richten. Möge ihr Bemühen von Erfolg gekrönt sein und rückwirkende Kraft auch auf die Verhältnisse im Reich üben; dann werden die Wohlfahrt des Reichs und das Gedeihen unserer schönen sächsischen Heimath gleichmäßig gesichert sein unter der flatternden Standarte des kulturellen Fortschritts auf der unvergänglichen Grundlage des rein deutschen nationalen Geistes.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. November.

Berlin. Reichstag. Die Anträge auf Einstellung der gegen die Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, Werner, und die Soc.-Dem. Stadthagen-Berlin und Hofmann-Chemnitz schwebenden Strafverfahren während der Dauer der Session werden debattelos angenommen und darauf die erste Lesung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien fortgesetzt. Abg. Frhr. v. Hammerstein (kons.): Der Reichskanzler hat in seiner Rede gegenüber der konservativen Partei anscheinend einer übergroßen peribolischen Empfindlichkeit Raum gegeben. Es ist Niemandem eingefallen, die Lauterkeit seiner Gesinnungen zu bezweifeln. Auch dem Fürsten Bismarck bin ich politisch wiederholt entschieden entgegengetreten und habe doch stets die größte Hochachtung vor ihm gehabt. Der Reichskanzler täuscht sich über den Umfang der agrarischen Bewegung; dieselbe hat sich von dem Tage an, da die Wendung in der Handelspolitik eingetreten ist, stetig gesteigert. Man giebt im Lande Nichts auf die Gesinnungen, sondern auf die Thaten des Kanzlers. Dieser bedauerte gestern, nicht mehr Schulter an Schulter mit der konservativen Partei stehen zu können. Sollte darin eine runde Absage an uns liegen, so werden wir uns damit abfinden; aber ich glaube kaum, daß heute noch ein Minister in Preußen oder in Deutschland ohne die Stütze einer konservativen Partei regieren kann. Die Vorgänge der letzten Jahre und nicht zum Wenigsten die bei Gelegenheit des preußischen Volksschulgesetzes haben uns genöthigt, uns selbstständig zu machen. Wenn uns der Reichskanzler die Aufgabe zuschiebt, Maßregeln zur Linderung der Noth der Landwirthschaft vorzuschlagen, so drückt er damit das Ansehen der Regierung gewaltig herab; an uns ist es nun, die Regierung bei ihren Maßnahmen zu unterstützen und das haben wir von jeher redlich gethan. Ich weise deshalb auch den Vorwurf, daß wir einseitige Interessen vertreten, entschieden zurück; wir haben immer die Harmonie der Interessen betont. Wir haben nicht daran gedacht, vorauszusetzen, daß der Reichskanzler, wenn er selbst Landwirth wäre, aus Eigennutz handeln könne, aber wir bedauern, daß ihm das Verständniß für die Landwirthschaft fehlt, was auch seine gestrige Rede beweist. Die Maul- und Klauenseuche ist keineswegs nur so verhängnißvoll für die Landwirthe durch den Verlust an Thieren, sondern vornehmlich dadurch, daß die davon befallenen Kühe für länger als ein Jahr keinen nennenswerthen Milchertrag geben. Der Zunahme des Bestandes an Rindern in Deutschland steht der gewaltige Rückgang der Schafzucht in Folge mangelnden Wollzolles gegenüber. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir unseren autonomen Tarif jetzt aufrecht erhalten wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir in einen Zollkrieg gerathen werden. In einem solchen hätten wir die stärkste Position gehabt und leicht Vortheile errungen. Ich stimme prinzipiell gegen jeden Vertrag, der die Getreidezölle vermindert. Geben wir Rumänien wieder die Getreidezölle zu, so wird es schwer, sie Rußland zu verweigern. Die Industrie wird keinen großen Vortheil aus dem Vertrage mit Rumänien haben, umsomehr, als an maßgebender Stelle in Rumänien wenig Neigung besteht, die deutsche Industrie an Lieferungen zu betheiligen. Deshalb prüfen wir in der Kommission und lehnen die Verträge ab (Beifall rechts). — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Eine Absage an die konservative Partei konnte in der gestrigen Rede des Reichskanzlers nicht liegen. Wir bekämpfen an der agrarischen Agitation nur das, was nicht konservativ ist, jene maßlosen Aufreizungen, wie sie noch in der Litteratur der letzten 24 Stunden zu Tage getreten sind. Einen Fünfmarkzoll haben früher selbst viele Konservative für zu hoch und schädlich gehalten. Von einer Schädigung der inländischen Produkte kann keine Rede sein, so lange die Einfuhr keinen zu großen Umfang annimmt; dieselbe geht stetig zurück. Man spricht von einer Ueberschwemmung des österreichischen Getreides, während sich unsere Handelsbilanz Oesterreich gegenüber um 18½ Millionen gebessert hat. Wir können uns nicht auf den Standpunkt des autonomen Tarifs stellen, weil wir auf den Export angewiesen sind, den wir nur durch Tarifverträge begünstigen können. In dem Verlangen nach Ablehnung der Verträge zeigt sich die ganze einseitige Interessenvertretung der agrarischen Bewegung. (Beifall links). — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) erklärt, daß einige seiner Freunde sich nicht dazu entschließen könnten, für die Verträge zu stimmen, während andere eine gründliche Prüfung verlangten. Nationalliberale waren nie prinzipielle Gegner von Handelsverträgen, auch Fürst Bismarck war ein solcher Gegner nicht. Es kam ihm nur auf den Inhalt der Verträge an. Das Festhalten an dem autonomen Zolltarife hätte uns zu ernster Krisis geführt. Der Rückgang des Exportes infolge von Zollkrieg führt zu einer Verminderung der Produktion und zu Arbeiterentlassungen. Der Vertrag mit Oesterreich ist da und der Versuch, seine Rückgängigmachung gewaltsam herbeizuführen, wäre eine Tollhausidee. Trotz der Kampfzölle gegen Rußland haben wir unerhört niedrige Getreidepreise, ein Beweis dafür, daß die Höhe des Zolles nicht allein entscheidet. Jedenfalls müssen wir suchen, unsere Handelsbilanz zu verbessern. Verhindern Sie das, so treiben Sie dieselbe Politik wie die Antisemiten und sonstigen Umstürzler. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erinnert daran, daß Rumänien keinen Getreidezoll gegen Rußland hat, daß also, wenn wir den Vertrag mit Rumänien schließen, russisches Getreide ungehindert zu ermäßigten Zöllen auch zu uns Eingang finden kann. Die Landwirthe sind durch die ernste Nothlage und die steigende Verschuldung geradezu zur Verzweiflung getrieben, woraus die scharfe Agitation erklärlich ist, wenn mir auch der Ton derselben mißfällt. Ein solcher Ton fällt auf den zurück, der ihn anschlägt: man findet das in dem Rückgang der freisinnigen Partei unter der Leitung Richters. Die Rückwirkung der Währung auf die Landwirthschaft macht sich immer fühlbarer; auch die Industrie wird bald über dem allgemeinen Preisrückgang ihrer Produkte zu klagen haben. Ich bin fest überzeugt, daß der Reichskanzler nur eine entgegenkommende Erklärung in der Währungsfrage abzugeben brauchte und die Handelsverträge würden ohne Schwierigkeiten durchgehen. Was die Industrie an Absatzgebiet in Rumänien gewinnt, ist gering im Vergleich zu dem, was sie im Inlande verlieren muß, wenn unsere Landwirthschaft in ihrer Kaufkraft erheblich geschädigt wird. In Frankreich ist man anders verfahren, dort kann man heute kaum mehr einen Hammel einführen, so hoch sind die landwirthschaftlichen Zölle. Ich will auch den deutschen Staatsmännern den Ruhm gönnen, daß sie die Landwirthschaft wieder derartig in die Höhe gebracht hätten. — Abg. Dr. Meyer-Halle (freis. Vereinigung) empfiehlt, im Bunde der Landwirthe anzuregen, daß im Interesse des Verständnisses der Landwirthschaft den Ministern wie den Reichstagsabgeordneten eine Landesdotation verliehen werde, das würde uns sympathischer sein, als die Einführung der Doppelwährung. (Heiterkeit). Ohne Handelsverträge wären wir jetzt von einer chinesischen Mauer umgeben. Man befürchtet von dem Vertrage mit Spanien eine Schädigung unseres Weinbaues, aber der süße spanische Wein dient zur Vermischung mit dem herben, deutschen und schon Schiller sagt: Denn, wo das Strenge mit dem Zarten, wo Starkes sich und Mildes paarten, da giebt es einen guten Klang. (Heiterkeit). Graf Limburg meint, wir könnten den Zollkrieg am längsten aushalten. Die Indianer weiten, wer einen brennenden Schwamm am längsten auf der Hand aushalten könnte. Graf Limburg treibt dasselbe Spiel, nur nimmt er den Schwamm nicht in seine Hand, sondern legt ihn auf die Hand der Industrie; auf diese Weise hält er es am längsten aus. (Heiterkeit). — Abg. Dr. Böckel stimmt mit seinen Freunden gegen die Verträge, da sie auf Kosten der Landwirthschaft geschlossen werden sollen. Warum thue man nichts, um der Landwirthschaft zu helfen, warum helfe man der Ueberschuldung derselben nicht durch Ausgabe von Rentenbriefen ab, warum schaffe man nicht das römische Recht ab, dabei müßten die Bauern sich noch von Landräthen, Bürgermeistern und Gendarmen binden lassen. (Ordnungsruf des Präsidenten). Mit dem jetzigen Verfahren zieht man nur die Sozialdemokratie groß. — Abg. v. Dzembowsky (Pole) erklärt, daß die Polenfilire Abstimmung bis zum Abschluß der Kommissionsberathung vorbehalten. — Abg. Dr. Schultz-Lupitz (Reichsp.) kann in dem Vorgehen des Bundes der Landwirthe nur eine Schädigung der Landwirthe und des Vaterlandes erblicken. — Die Verträge werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. — Montag 1 Uhr Etat.

* **Paris.** Kammer. Der Ministerpräsident Dupuy verlangt klaren Ausdruck, ob das Kabinet Vertrauen zur Kammer besitze. Nach Bekanntwerden der Nachricht, daß die radikalen Minister Peytral, Viette und Terrier Vormittags ihre Demission eingereicht, fragt Velletan, ob man das ganze Kabinet oder nur einen Theil desselben vor sich habe. Dupuy erwiedert: Das ganze Kabinet. (Großer Lärm.) Velletan und Brisson erklären, die Fortsetzung der Debatte sei unmöglich. Die Interpellation über die Politik der Regierung wird zurückgezogen, bis das Kabinet rekonstituirt ist. Darauf wird die Sitzung geschlossen. Nach Schluß der Sitzung traten die Minister, ausgenommen Peytral, Terrier und Viette, zusammen und beschlossen die Demission. In den Couloirs herrscht die Meinung, Dupuy werde mit der Neubildung des Kabinets betraut werden.

Berlin. Der Kaiser fährt heute Abend aus Gohrde nach Potsdam zurück. — Wie die „Nat.-Ztg." aus kürzlich eingetroffenen Briefen Wißmanns erfährt, hat derselbe am Niansa und auf seinem Zuge nach dem Tanganika einen lebhaften Tauschhandel der englisch-afrikanischen Seekompagnie mit Pulver und Gewehren gegen Elfenbein nach dem Gebiete Wißi festgestellt. Die „Nat.-Ztg." hofft, daß Wißmanns Beobachtungen auch zur amtlichen Kenntniß der zuständigen Reichsbehörden gelangt sind. — Die Initiativanträge der sozialdemokratischen Fraktion sind jetzt dem Reichstage zugegangen, sie beziehen sich zum größten Theil auf

Pfund's Berühmte (Feinste) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. Trockenfütterung.